Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Bundesschiedskommission

Beschluss

In dem Statutenstreitverfahren

7/1981/St

26.04.1982

auf Antrag

des SPD-Ortsvereins M-M,

vertreten durch den Vorsitzenden S aus M,

Beistand: Rechtsanwalt J aus M

- Antragsteller und Berufungsantragsteller -

Beteiligte:

1. Vorstand des SPD-Ortsvereins M-H,
vertreten durch den Vorsitzenden K aus M,

2. Vorstand des SPD-Unterbezirks M,
vertreten durch den Vorsitzenden H aus M,

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung vom 26. April 1982 unter Mitwirkung von

Käte Strobel (Vorsitzende)

Dr. Johannes Strelitz und

Prof. Dr. Peter Landau

entschieden:

1. Die Behandlung der Aufnahmeanträge durch den Ortsverein H entspricht nicht der Vorschrift des Organisationsstatuts der SPD (§3 Abs. 1 OSt), da zumindest in dem hier entscheidungserheblichen Zeitraum die Aufnahmepraxis durch den Vorstand willkürlich gewesen ist.

2. Alle durch diese willkürliche Aufnahmepraxis betroffenen Entscheidungen des Ortsvereins müssen mit Teilnahmemöglichkeit aller satzungsgemäß aufgenommenen Mitglieder unverzüglich erneut gefällt werden.

Gründe

1. Der Ortsverein M-M stellte am 5.11.1981 an die Schiedskommission beim Bezirk S der SPD folgenden Antrag:

"Der Ortsverein M stellt folgenden Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung:

1. Der Tagesordnungspunkt Wahl von Delegierten zur Stimmkreiskonferenz des Landtagsstimmkreises 109 in der Mitgliederversammlung des Ortsvereins H am 10. November 1981 wird abgesetzt.
2. Der Beschluß des Vorstandes des Ortsvereins H vom 30. Oktober 1981, daß nur die bis zum 23. Oktober 1981 eingegangenen Beitrittserklärungen gemäß § 3 Abs. 1 des Organisations-Statutes behandelt werden, ist unwirksam.
3. Der Vorstand des Ortsvereins H ist verpflichtet die bis zum 30. Oktober 1981 eingegangenen Beitrittserklärungen so zeitgerecht zu entscheiden, daß die neu aufgenommenen Mitglieder an der Mitgliederversammlung teilnehmen können, die die Delegierten für die Stimmkreiskonferenz des Landtagsstimmkreises 109 wählt.

Hilfsweise wird beantragt:

1. Der Tagesordnungspunkt Wahl der Delegierten zur Stimmkreiskonferenz des Stimmkreises 109 in der Mitgliederversammlung des Ortsvereins H am 10. November 1981 wird abgesetzt.
2. Der Ortsvereinsvorstand ist verpflichtet, die Wahl der Delegierten zur Stimmkreiskonferenz des Landtags-

Stimmkreises bis zur Entscheidung der
Bezirksschiedskommission aufzuschieben.

Für den Fall der Ablehnung oder der nicht rechtzeitigen
Behandlung der beantragten Einstweiligen Anordnung wird
folgender Antrag gestellt:

1. Der Beschluß des Ortsvereinsvorstandes des Ortsvereins
H vom 30. Oktober 1981, daß nur die bis zum 23.
Oktober 1981 eingegangenen Beitrittserklärungen gemäß
§ 3 Abs. 1 des Organisations-Statutes behandelt werden,
ist unwirksam.
2. Die Wahl der Delegierten in der Ortsvereinsversammlung
am 10. November 1981 muß wiederholt werden.
3. Der Vorstand des Ortsvereins H ist verpflichtet, über die
bis zum 30. Oktober 1981 eingegangenen
Beitrittserklärungen so zeitgerecht zu entscheiden, daß
die neu aufgenommenen Mitglieder an der
Mitgliederversammlung teilnehmen können, die die
Delegierten für die Stimmkreiskonferenz des Landtags-
Stimmkreises 109 wählt.

Zu Ziffer 3 wird hilfsweise beantragt:

1. Der Ortsverein H ist verpflichtet, einen in der Zukunft
liegenden Termin festzusetzen, bis zu dem eingegangene
Beitrittserklärungen gemäß § 3 Abs. 1 des Organisations-
Statutes behandelt werden.
2. Der Termin muß so festgesetzt werden, daß die neu
aufgenommenen Mitglieder an der
Mitgliederversammlung teilnehmen können, die die
Delegierten für die Stimmkreiskonferenz des Landtags-
Stimmkreises 109 wählt.

Begründung

1. Der Vorstand des Ortsvereins H hat in seiner Sitzung am 30.10.81 beschlossen, u.a. 52 Antragstellern die SPD-Mitgliedschaft zuzuerkennen. Diese 52 Anträge sind am Tag der Versammlung für die Wahl der KB-Delegierten, am 23.10.81, in einem Paket dem OV-Vorsitzenden zur Kenntnis gebracht worden. Nachdem dieser Beschluß gefaßt worden war, wurde mehrheitlich bestimmt, nun für die Anerkennung weiterer Bewerber als Mitglieder einen rückwirkenden Stichtag zu beschließen, nämlich den 23.10, jenen Tag also, an dem die fraglichen 52 Aufnahmeanträge dem OV-Vorsitzenden zur Kenntnis gebracht wurden. Abgelehnt wurde die Behandlung weiterer, in den letzten 8 Tagen eingegangener 85 Anträge auf Mitgliedschaft in der SPD. Sie sollten erst nach der entscheidenden Versammlung, die die Kreisverbandsdelegierten wählt, behandelt werden.
2. Wir betrachten es als einen Akt der Willkür und einen eklatanten Verstoß gegen den § 3 I Organisationsstatut, wenn die Mehrheit des OV-Vorstandes zwar vorweg 52 Neuaufnahmen billigt, in der gleichen Sitzung aber den übrigen 85 vorgelegten Anträgen die Anerkennung der Mitgliedschaft verweigert. Es ist ein offenes Geheimnis, daß von den 52 gebilligten Neuaufnahmen 50 von der innerparteilichen Richtung geworben wurden, die die Mehrheit im OV-Vorstand vertritt und die 85 Neumitglieder, die nicht bestätigt wurden, von ihren innerparteilichen Gegnern geworben wurden; d.h. die Mitglieder der eigenen politischen Richtung wurden bestätigt, die der gegnerischen abgelehnt. Dies muß natürlich Auswirkungen für die Mehrheitsverhältnisse im Ortsverein H haben, die wiederum durchschlagen auf den gesamten Kreisverband.

3. Wir sind sicher, daß durch einen solchen Willkürakt erheblicher Schaden für die Partei entstehen kann. Deshalb bitten wir die Schiedskommission durch Billigung unserer Anträge, diesen Schaden wenigstens noch in Grenzen zu halten. (Im übrigen verweisen wir auch auf die Ablichtung des Briefes des Genossen K vom 1.11.81 an den SPD-Vorsitzenden R."
2. Die Bezirksschiedskommission S hat aufgrund ihrer Sitzung vom 10. November 1981 wie folgt entschieden:

"Die Schiedskommission beim Bezirk S der SPD"

Auf die Anträge des Ortsvereins M vom 5.11.1981 wegen Durchführung der Wahl von Delegierten zur Stimmkreis-Konferenz des Landtagsstimmkreises 109 im Ortsverein H

hat die Schiedskommission beschlossen:

Die Anträge sind unzulässig.

Der Ortsverein M hat bei der Schiedskommission (eingegangen beim Vorsitzenden am 6.11.1981) folgenden Antrag auf Erlass einer Einstweiligen Anordnung gestellt:

1. Der Tagesordnungspunkt Wahl von Delegierten zur Stimmkreis-Konferenz des Landtagsstimmkreises 109 in der Mitgliederversammlung des Ortsvereins H am 10. November 1981 wird abgesetzt.
2. Der Beschluß des Vorstandes des Ortsvereins H vom 30. Oktober 1981, dass nur die bis zum 23. Oktober 1981 eingegangenen Beitrittserklärungen gemäß § 3 Abs. 1 des Organisations-Statuts behandelt werden, ist unwirksam.
3. Der Vorstand des Ortsvereins H ist verpflichtet, über die bis 30. Oktober 1981 eingegangenen Beitrittserklärungen so zeitgerecht zu entscheiden,

dass die neu aufgenommenen Mitglieder an der Mitgliederversammlung teilnehmen können, die die Delegierten für die Stimmkreiskonferenz des Landtags-Stimmkreises 109 wählt.

Hilfsweise wurde beantragt:

1. Der Tagesordnungspunkt Wahl der Delegierten zur Stimmkreiskonferenz des Stimmkreises 109 in der Mitgliederversammlung des Ortsvereins H am 10. November 1981 wird abgesetzt.
2. Der Ortsvereinsvorstand ist verpflichtet, die Wahl der Delegierten zur Stimmkreiskonferenz des Landtags-Stimmkreises bis zur Entscheidung der Bezirksschiedskommission aufzuschieben.

Für den Fall der Ablehnung oder der nicht rechtzeitigen Behandlung der Einstweiligen Anordnung wurde folgender Antrag gestellt:

1. Der Beschluss des Ortsvereinsvorstandes des Ortsvereins H vom 30. Oktober 1981, dass nur die bis zum 23. Oktober 1981 eingegangenen Beitrittserklärungen gemäß § 3 Abs. 1 des Organisations-Statuts behandelt werden, ist unwirksam.
2. Die Wahl der Delegierten in der Ortsvereinsversammlung am 10. November 1981 muss wiederholt werden.
3. Der Vorstand des Ortsvereins H ist verpflichtet, über die bis zum 30. Oktober 1981 eingegangenen Beitrittserklärungen so zeitgerecht zu entscheiden, dass die neu aufgenommenen Mitglieder an der Mitgliederversammlung teilnehmen können, die die

Delegierten für die Stimmkreis-Konferenz des Landtags-Stimmkreises 109 wählt.

Zu Ziffer 3 dieses Antrages wurde hilfsweise beantragt:

1. Der Ortsverein H ist verpflichtet, einen in der Zukunft liegenden Termin festzusetzen, bis zu dem eingegangene Beitrittserklärungen gemäß § 3 Abs. 1 des Organisations-Statuts behandelt werden.
2. Der Termin muss so festgesetzt werden, dass die neu aufgenommenen Mitglieder an der Mitgliederversammlung teilnehmen können, die die Delegierten für die Stimmkreis-Konferenz des Landtags-Stimmkreises 109 wählt.

Die Schiedskommission kann nach der Schiedsordnung der Partei tätig werden im Parteiordnungsverfahren, im Wahlanfechtungsverfahren und im Statutenstreitverfahren. Im vorliegenden Fall könnten die Anträge nur im Statutenstreitverfahren behandelt werden. In diesem Verfahren hat die Schiedskommission aber keine Möglichkeit, Einstweilige Anordnungen zu erlassen; diese stehen ihr nur nach § 12 Abs. 5 der Wahlordnung im Wahlanfechtungsverfahren zu, das seinerseits eine durchgeführte Wahl und eine Anfechtung nach Anrufung des zuständigen Vorstandes voraussetzt. Soweit mit den gestellten Anträgen Einstweilige Anordnungen begehrt werden, sind diese Anträge also unzulässig.

Aus den gestellten Anträgen und ihrer Begründung ist zwar ersichtlich, dass zwischen dem Ortsverein M und dem Ortsverein H (und auch innerhalb des Ortsvereins H) Streit darüber besteht, wie die Statuten der Partei bei der für den 10. November 1981 angesetzten Wahl der Delegierten zur Stimmkreis-Konferenz des Landtags-Stimmkreises 109, der beide Ortsvereine zugehören, im Ortsverein H anzuwenden waren. In der Sache handelt es sich dabei darum, welche

Mitglieder bei dieser Wahl stimmberechtigt sind, bzw. wie die bis zur Wahl im Vorstand des Ortsvereins vorliegenden Beitrittserklärungen dabei zu behandeln sind. Es sind das dieselben Fragen, von denen abhängt, ob die angesetzte, inzwischen durchgeführte Wahl der Delegierten statutengemäss zustande gekommen oder anfechtbar ist. Die Schiedskommission hat sich deswegen nicht in der Lage gesehen, noch vor der Wahl die Statutenfragen hypothetisch zu entscheiden, für deren Entscheidung in der Wahlordnung der Partei ein eingehend geregeltes besonderes Verfahren vorgesehen ist. Das Feststellungsinteresse für einen Antrag im Statutenstreit müsste daher, falls ein solcher Antrag den Anträgen des Ortsvereins M entnommen werden könnte, verneint werden. Das gilt um so mehr, als eine Besprechung, die die Schiedskommission mit den Beteiligten am 10.11.1981 noch vor der Wahl im Ortsverein H durchgeführt hat, erkennen liess, dass voraussichtlich ein Beweisverfahren, wie im Wahlanfechtungsverfahren vorgesehen, über das Zustandekommen von zugelassenen und nicht zugelassenen Beitrittserklärungen und deren Behandlung im Vorstand des Ortsvereins H durchgeführt werden muss.

Die Schiedskommission hat sich daher genötigt gesehen, auf das Wahlanfechtungsverfahren zu verweisen.

Diese Entscheidung ist gemäß § 21 Abs. 4 der Schiedsordnung im schriftlichen Verfahren ergangen.

II.

1. Gegen diese Entscheidung legte der Antragsteller mit Schreiben vom 12. Dezember 1981 Berufung zur Bundesschiedskommission ein. Diese Berufung wurde mit Schreiben des Beistandes der Antragsteller, J, vom 24.12.1981 wie folgt begründet:

"in oben bezeichneter Angelegenheit wurde ich durch den OV M-M bevollmächtigt, die gegen den Beschluß der Schiedskommission des SPD-Bezirks S vom 2.12. 1981 bereits

eingelegte Berufung zu begründen, was mittels dieses Schriftsatzes form- und fristgerecht geschieht.

Zunächst verweise ich auf die bereits der Bundesschiedskommission vorliegenden Schriftstücke in dieser Sache sowie die diesem Schriftsatz beigefügten Anlagen, nämlich:

1. Entscheidung der Bezirksschiedskommission S vom 2.12.1981 (I)
2. Brief des Genossen R an die Genossin K vom 5.11.1981 (II)
3. Brief des Genossen K an den Genossen R vom 1.11.1981. (III)

Zur näheren Erklärung der im folgenden gestellten Anträge - auch hinsichtlich der Delegiertenwahlen - verweise ich bereits jetzt auf die auf Seite 4 befindliche Begründung der angefochtenen Entscheidung. (Anlage I)

I. Anträge

Folgende Anträge werden gestellt:

1. Das Schiedsgericht stellt fest: Die Mehrheit des Ortsvereinsvorstandes H hat bei der Behandlung von Anwärtern für die SPD-Mitgliedschaft in den Sitzungen vom 30. Oktober, 9. November, 16. November und 3. Dezember willkürlich gehandelt und damit gegen die Satzung der Partei verstoßen. Spätestens am 9. November hätten auch die weiteren 85 vorliegenden Neuanträge behandelt und beschlossen werden müssen, wenn keine in der Person der Anwärter dagegen sprechende Gründe vorgelegen haben.

2. Für den Fall, daß dieses Statutenstreitverfahren noch die Entscheidung der Schiedskommission des Bezirks S im Wahlanfechtungsverfahren OV-H beeinflussen kann, werden folgende Anträge gestellt.
 - a) Der Beschluß des Ortsvereinsvorstandes des OV-H vom 30. Oktober 1981, daß nur die bis zum 23. Oktober 1981 eingegangenen Beitrittserklärungen gem. § 3 Abs. 1 des Organisationsstatuts behandelt werden, ist unwirksam.
 - b) Die Wahl der Delegierten in der Ortsvereinsversammlung am 10. November 1981 sowie die Aufstellungskonferenz zur Landtagskandidatur im Stimmkreis 109 müssen wiederholt werden.
 - c) Der Vorstand des Ortsvereins H ist verpflichtet, über die eingegangenen Beitrittserklärungen so zeitgerecht zu entscheiden, daß die beitrittswilligen Mitglieder an der nächsten Mitgliederversammlung stimmberechtigt teilnehmen können.

II. Sachverhalt

1. Anfang Februar 1981 erklärte Altoberbürgermeister K nach Aufforderung des Ortsvereinsvorstandes von F seine Bereitschaft, im Stimmkreis 109 zu kandidieren. Drei weitere Kandidaten, nämlich O (OV-M-P), W (OV-H) sowie S (OV-M) hatten zuvor schon ihre Bereitschaft zur Landtagskandidatur erklärt.
2. Am 23. Juli 1981 fällt das Votum des Ortsvereins H mit 73:58 Stimmen zugunsten des Genossen K aus. Dieses Votum war in der Einladung als Tagesordnungspunkt ausgewiesen. Bereits in der Ortsvereinsversammlung vom Mai 1981 wurde beschlossen, dieses Votum in der

Juli-Versammlung durchzuführen. (Vgl. § 18 Satz 11 der Satzung des Unterbezirks M).

3. Während der Zeit vom Februar bis Juli 1981 wurden im rund 300 Mitglieder zählenden Ortsverein H 16 Neuaufnahmen getätigt, davon 6 bis 8 von dem Genossen K. Die Aufnahmescheine wurden jeweils sofort dem UB-Büro zugeschickt oder vorgelegt und wurden daraufhin sowohl dem Vorsitzenden als auch dem Kassierer des Ortsvereins bekannt (beide "Seiten" des OV-Vorstandes wußten damit Bescheid).
4. Nach dem 23. Juli wurden u.a. weitere 16 Neuaufnahmen getätigt (darunter auch die Frau des Kandidaten W). Auch von ihnen erfahren "beide Seiten". K findet die 16 Benachrichtigungsscheine am 20. Oktober 1981 in seinem Fach. Sie waren auch dem Kassierer längst bekannt, weil bereits in einer der vorhergehenden Sitzungen des OV-Vorstandes von ihm Einspruch gegen eine der 16 Neuaufnahmen erhoben worden ist. Der OV-Vorsitzende K konnte bei seinem Besuch im UB-Büro am 20.10.81, also 3 Tage vor der OV-Versammlung zur Wahl der Kreisverbandsdelegierten zurecht davon ausgehen, daß keine weiteren Neumitgliederanträge mehr vorlagen (oder gar schon getätigt waren),
 - weil er sonst auch diese Mitteilungsscheine hätte vorfinden müssen, bzw.
 - weil er vom Schriftführer, Kassierer oder dem UB-Büro zumindest eine Liste der weiteren getätigten Neuaufnahmen erwarten hätte müssen (wie sollte er denn sonst als OV-Vorsitzender Übersicht haben und Kontrolle ausüben können), bzw.
 - weil zumindest Hinweise des UB-Büros über weitere 50 Neuaufnahmen selbstverständlich gewesen sein müßten

(das UB-Büro wußte Bescheid-wie ein Telefonanruf 3 Tage später bestätigte).

5. Am Vortag der Wahl, dem 22.10.81, erhielt der Genosse K noch einen vertraulichen Telefonanruf mit dem Hinweis, im UB-Büro lägen weitere 50 Neuaufnahmescheine, die als "geheime Kommandosache" behandelt worden wären und von denen auch der Vorsitzende des Ortsvereins, K, keine Ahnung habe. Am nächsten Tag, dem Tag der Delegiertenwahl, verständigte der Genosse K den Genossen K über diesen Anruf. Am Telefon wird dem OV-Vorsitzenden vom UB-Büro bestätigt, daß noch ein ganzes Bündel von Neuaufnahmescheinen vorlägen. Auf seine Frage, wieviel denn, werden ca. 50 genannt.

6. Von der gegen Altoberbürgermeister K gerichteten Seite wurden seit 1. September 1981 (erstmaliges Antragsdatum) bis zum 18. Oktober (5 Tage vor der Wahl) 50 Neuaufnahmen getätigt (die meisten davon im Oktober), die Bücher im UB-Büro ausgestellt, durch einen Genossen an den Mann gebracht (verbunden mit der Einladung für Delegiertenversammlung am 23.10.), ohne daß der Vorsitzende des Ortsvereins K davon verständigt wird. Er erfährt davon erstmals auf Anfrage beim UB-Büro am Versammlungstag. Diese Anfrage war nur aufgrund einer Indiskretion möglich. Dieser Vorgang spricht für sich und bedarf keiner weiteren Erläuterung.
Offensichtlich vorsorglich und zur Abdeckung dieser "Geheimaktion" wurde bereits am 16.9.81 im Vorstand des OV-H beschlossen: "Wahlberechtigt ist, wer sein Parteibuch hat."

7. In der OV-Versammlung zur Wahl der Delegierten am 23.10.81 wurde zu Beginn eine längere Debatte darüber geführt, wer stimmberechtigt sei und wer nicht, und keine Einigung über diesen Punkt erzielt. Der Hinweis, nach dem Organisationsstatut § 3 Abs. 1 sei allein der OV-

Vorstand für die Aufnahme von Neumitgliedern zuständig, wurde zunächst von der gegen K gerichteten Seite heftig bestritten. Dann wurde die ad-hoc-Einberufung einer Vorstandssitzung zur sofortigen Billigung der Neuaufnahmen verlangt. Der OV-Vorsitzende sagte die Einberufung einer Vorstandssitzung zu und nannte als Termin den 30.10.81, also 8 Tage später. Daraufhin berief der stellvertretende Vorsitzende des OV-H, W, gegen den Protest des Vorsitzenden, sofort eine Vorstandssitzung ein, an der 14 Genossen (die gegen K gerichtete Mehrheit des Ortsvereinsvorstandes) teilnahmen. Es wurden nach wenigen Minuten alle 50 Neuaufnahmen als Mitglieder bestätigt und für stimmberechtigt erklärt. Die ad-hoc-Vorstandssitzung wurde damit begründet, daß eine sofortige Entscheidung notwendig sei, da ansonsten die Mehrheitsverhältnisse bei der Wahl beeinträchtigt würden. Eine Beschlußfassung der Ortsvereinsversammlung über die Rechtmäßigkeit der Stimmberechtigung dieser 50 Mitglieder fand nicht statt. Die weiter vorhandenen Meinungsverschiedenheiten wurden bis 23 Uhr ausgetragen, so daß in den Wahlvorgang nicht mehr eingetreten werden konnte.

8. Zwischen dem 23.10. und dem 30.10. wurden von beiden Seiten Mitglieder geworben, von den Anhängern [des K] ca. 85.
9. Am 30.10. fand dann die angekündigte und von dem Vorsitzenden ordnungsgemäß geladene OV-Vorstandssitzung statt. An dieser Sitzung nahmen auch der UB-Vorsitzende H sowie Altoberbürgermeister K als Gäste teil. Die gegen K gerichteten Genossen haben im OV-H eine Mehrheit und konnten so ihre Vorstellungen auch beschlußmäßig durchsetzen. Während der Vorsitzende K vorsah, erst über einen Stichtag für Neuaufnahmen zu beschließen, dann über einen weiteren

Versammlungstermin und anschließend über die vorliegenden Neuaufnahmen, wurde diese Reihenfolge durch Mehrheitsbeschluß umgekehrt.

10. Zunächst wurde über die 16 Neuaufnahmen beschlossen (vgl. Punkt 4), von denen H glaubte, sie seien durch konkludentes Handeln auf jeden Fall schon Mitglieder. Dann erfolgte Beschlußfassung über die strittigen 50 Neuaufnahmen, die bis auf eine einstimmig gebilligt wurden. Die Beschlußfassung über weitere Neuaufnahmen wurde dann zurückgestellt, bis über den Versammlungstermin und den Stichtag für Neuaufnahmen Übereinstimmung erzielt sei. Darüber wurde dann länger diskutiert. Der Genosse K empfahl dem OV-Vorstand einen Stichtag, der in der Zukunft liege, um Chancengleichheit für beide Seiten zu wahren. Er nannte den 2. November. Der UB-Vorsitzende, H, berichtete von einer Sitzung des geschäftsführenden UB-Vorstandes, auf der man davon ausgegangen sei, daß sich beide Seiten an dieser Sitzung (30.10.81) auf einen Stichtag für die Bestätigung von Neumitgliedern einigen sollten, der in der Zukunft liegen wohl aber auch der Sitzungstag selbst sein könnte. Er erklärte ausdrücklich, daß der geschäftsführende UB-Vorstand nicht von einem rückwirkenden Stichtag ausgehe. (Er selbst hielt einen rückwirkenden Stichtag im Gespräch mit dem Genossen K für nicht möglich.) Eine Reihe von Genossinnen und Genossen der Seite der Antragsgegner hatte zunächst für 30.10. als Stichtag nichts einzuwenden. H fragte schließlich K über den Tisch hinweg, wieviele Aufnahmeanträge er denn habe. Dieser deutete ihm mit der Hand ein größeres Bündel an.

Erst nach diesem Geplänkel wurde von dem Wortführer der Vorstandsmehrheit, dem Genossen B, ein rückwirkender Stichtag, nämlich der 23.10.,

vorgeschlagen und mit der gleichen Mehrheit beschlossen.

Der Vorsitzende K wollte schon vor diesem Beschluß mit dem Verlesen weiterer Anwärter beginnen, wurde aber daran gehindert. Nach diesem rückwirkenden Beschluß bat der Genosse K den UB-Vorsitzenden H die von K eingebrachten Neuanträge zu zählen und diese Zahl zu bestätigen. Es waren ca. 85.

Aus der Diskussion wurde ersichtlich, daß die Wortführer offensichtlich nicht mehr sicher waren, bei dem Stichtag 30.10. mit einer Mehrheit für ihre Seite rechnen zu können. Sie wußten spätestens nach der Frage [des H] an K, daß noch eine große Anzahl von Anträgen vorlagen, die mehrheitsändernd sein konnten. Deshalb wurde auch der rückwirkende Stichtag vorgeschlagen und beschlossen. Auch der Genosse B legte noch Neuaufnahmeanträge vor sich auf den Tisch und erklärte, weitere hätte er bereits im UB-Büro abgegeben. Er gab aber keine Zahl bekannt.

Der gesamte Diskussionsverlauf machte deutlich, nach welchen Überlegungen die Mehrheit des OV-Vorstandes den rückwirkenden Stichtag beschlossen hat.

11. Der Vorsitzende des Ortsvereins H lud nach der willkürlichen Verweigerung der Bestätigung von ca. 85 Antragstellern, von denen anzunehmen war, daß sie für K stimmen würden, für den 9. November (also 1 Tag vor der anstehenden OV-Versammlung) eine weitere Vorstandssitzung ein mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Bestätigung von Neumitgliedern. Auch auf dieser Sitzung verweigerte die gegen K gerichtete Mehrheit des OV-Vorstandes die Behandlung. Sie vertagte sie mit der Begründung, bei der Versammlung am 10.11. handele es sich um eine Fortsetzung der Wahl vom 23.10., neue Mitglieder

könnten deshalb vor dieser Wahl nicht mehr dazu kommen.

12. Am 10.11. wurde dann auf der OV-Versammlung mit den 50 bestätigten Neuaufnahmen die Mehrheit umgedreht und nur Delegierte gewählt, die sich für W und gegen K ausgesprochen hatten.
13. Der Vorsitzende K lud weitere Vorstandssitzungen ein und zwar zunächst für 16.11. und dann für den 3.12.. Auf beiden Sitzungen wollte er den Tagesordnungspunkt "Bestätigung von Neuaufnahmen" behandeln. Aber auch auf diesen Sitzungen wurde von der Vorstandsmehrheit die Behandlung verweigert mit der Begründung, nun müßten erst noch die Ersatzdelegierten gewählt werden.
14. Am 23. November brachte der Genosse K als Mitglied des UB-Vorstandes in die Sitzung des Gesamtvorstandes des Unterbezirks M den Antrag ein:

"Der SPD-UB-Vorstand mißbilligt die dreimalige Verweigerung der SPD-Mitgliedschaft für zahlreiche Neuaufnahmen durch die Mehrheit des OV-Vorstandes H.

Er fordert den Vorsitzenden des OV-H, K, auf, umgehend eine neue OV-Vorstandssitzung einzuberufen mit dem Tagesordnungspunkt: "Anerkennung der Mitgliedschaft von Neuaufnahmen".

Der gesamte OV-Vorstand wird dringlich aufgefordert, nun endlich die vorliegenden Neuaufnahmen zu behandeln und darüber zu entscheiden."

Dieser Antrag wurde nicht befaßt und zwar mit 8:6 Stimmen bei einer Enthaltung.

15. Am 7. Dezember brachte der Genosse K den beiliegenden Antrag in die Dezembersitzung des UB-Gesamtvorstandes ein. Er wurde mit 14:1 Stimmen abgelehnt.

"Antrag

Der SPD-Unterbezirksvorstand mißbilligt die viermalige Verweigerung der SPD-Mitgliedschaft für zahlreiche Beitrittswillige durch die Mehrheit des OV-Vorstandes H.

Da diese viermalige willkürliche Verweigerung der Behandlung und Billigung von Neuaufnahmeanträgen de facto einer Aufnahmesperre gleichkommt, nimmt der UB-Vorstand die notwendige Behandlung unverzüglich selbst vor.

Begründung

Am 30.10.81 wurden vom OV-Vorstand H unter anderem auch die rund 50 Neuaufnahmeanträge behandelt, über die der Vorsitzende K am 23.10.81 auf Anfrage informiert worden ist. Sie wurden alle bis auf einen einstimmig gebilligt. Es handelte sich um jene Beitrittswilligen, die von Vertretern der Mehrheit des OV-Vorstandes geworben wurden und deshalb vermuten ließen, daß sie deren innerparteiliche Richtung vertreten. Den weiteren vorliegenden Neuaufnahmeanträgen wurde die Behandlung und Billigung durch diese Vorstandsmehrheit verweigert.

Auch in den nächsten drei Sitzungen des OV-Vorstandes (am 9.11., am 16.11. und am 3.12.), die zweimal sogar mit dem einzigen Tagesordnungspunkt "Bestätigung von Neuaufnahmen" eingeladen worden waren, wurde

von der gleichen Vorstandsmehrheit die Behandlung der Anträge verweigert.

Solche Willkürakte bringen nicht nur den Ortsverein H, sondern die ganze SPD [in M] in Verruf. Wir sind eine demokratische Partei und können uns derartige, den Parteizielen widersprechende Praktiken nicht leisten. Völlig unverständlich wird dieses Verhalten, wenn man sowohl die spürbar rückläufige Mitgliederbewegung in M betrachtet (offenbar ist die Zehntausender-Grenze längst schon wieder unterschritten) als auch die Bemühungen des Landesvorstandes, durch großangelegte Werbeaktionen die Mitgliedschaft in ganz Bayern wesentlich zu vergrößern (das Landtags-Werbetaam soll sogar von einer Verdoppelung der Mitgliederzahl in einem Jahr gesprochen haben).

Um weiteren Schaden durch das Verhalten der Mehrheit des OV-Vorstandes H von der Partei zu wenden, ist der UB-Vorstand aufgerufen, unverzüglich zu handeln und über die vorliegenden Beitrittserklärungen zu entscheiden."

Bis heute (23.12.81) sind rund 85 Bewerber sowie weitere Antragsteller von der SPD-Mitgliedschaft willkürlich ausgesperrt. Besonders bedrückend ist, daß auch der Unterbezirksvorstand diese willkürliche Verhaltensweise der gegen K gerichteten OV-Vorstandsmehrheit des Ortsvereins H voll deckt.

Eine Ergänzung des Sachverhalts bleibt vorbehalten, bis eine begründete schriftliche Entscheidung der Schiedskommission des Bezirks S in Sachen Wahlanfechtung des OV-H vorliegt, die ebenfalls nachgereicht werden wird.

III. Begründung

Der Vorstandsbeschuß, wonach stimmberechtigt sein soll, "wer das Parteibuch hat", ist unwirksam. Es ist nicht Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei, daß ein Parteibuch ausgestellt ist (siehe § 3 Organisationsstatut - auch 3. Absatz der Stellungnahme).

Wenn daher die Ansicht vertreten wird, es sei ausreichend, daß der Betroffene ein Parteibuch hat, ist dies nicht haltbar, da der OVV über eine Frage entschieden hat, die im Organisationsstatut bundeseinheitlich geregelt ist und eine Änderung vorgenommen hat, die nur dem Bundesparteitag mit entsprechender Mehrheit möglich ist. Der Besitz des Parteibuches ist lediglich Indiz für Mitgliedschaft, nicht aber Beweis dafür. Daraus folgt, wer ein Buch hat, aber nicht durch OVV-Beschluß Mitglied geworden ist, ist weder Mitglied, noch stimmberechtigt. Andere Meinungen übersehen, daß der OVV-Beschluß für die Mitgliedschaft konstitutive Wirkung besitzt.

Die Ansicht, 67 Beitrittswillige seien Mitglieder geworden (am 23.10.), darunter auch die 50 vom 23.10.1981, ist unrichtig. Richtig ist lediglich, daß 16 beitrtrittswillige Mitglieder am 23.10.1981 waren (nämlich durch schlüssiges Verhalten des OVV), weitere 50 jedoch nicht, da hier kein schlüssiges Verhalten des OVV vorliegen kann, weil Widerspruch von mindestens 2 Vorstandsmitgliedern erfolgte.

Die 50, hinsichtlich deren der Vorstand am 30.10.1981 beschloß, (nicht bestätigte), wurden durch diesen konstitutiven Beschluß des OVV Mitglieder. Vorher, nämlich am 23.10.1981 sind sie dies nicht geworden.

Der Beschluß des OVV in der Sitzung vom 23.10.1981 war nichtig. Parteimitgliedschaft kann rückwirkend nicht begründet

werden, so daß mit weiterem Vorstandsbeschluß vom 30.10. die Mitgliedschaft dieser 50 begann. Dies ist das Eintrittsdatum.

Offensichtlich vertritt die Vorstandsmehrheit die Meinung, daß ein Unterschied gemacht werden könne, wer einen Kandidaten in die Partei aufnimmt, etwa Vorstandsmitglieder E, K oder B, oder andere Mitglieder, z.B. K oder XY. Die Person des Aufnehmenden ersetzt einen Beschluß des OVV in keinem Falle (siehe Organisationsstatut). Der Wille eines Vorstandsmitglieds ersetzt den Vorstandsbeschluß ebenfalls nicht, denn Kassierer oder Schriftführer oder Vorsitzender sind eben nicht der Vorstand, das satzungsgemäße Organ.

Am 23.10.1981 lag ein Grund, eine ad-hoc-Sitzung sofort einzuberufen, nicht vor. Dies war insbesondere deswegen nicht der Fall, weil der Vorsitzende sich keineswegs geweigert hat, zu handeln, sondern richtig handelte, indem er eine Vorstandssitzung zur Beschlußfassung über die Aufnahmeanträge der 50 ansetzte. Eine ad-hoc-Entscheidung war schon deswegen nicht möglich, weil in diesem Falle eine Überprüfung, ob die satzungsgemäßen Voraussetzungen vorliegen, nämlich Beitrag, Wohnort im Ortsverein usw. im speziellen Fall auch Wohnort im Landtagswahlkreis, deutsche Staatsangehörigkeit usw. nicht überprüft werden konnten. Daß Überprüfungswille bestand, ergibt sich schon daraus, daß mindestens 2 Vorstandsmitglieder keine ad-hoc-Sitzung wünschten.

Ein Fall der sofortigen Notwendigkeit zur Entscheidung lag auch nicht vor. Nach dem eigenen Vortrag der Anfechtungsgegner sollte nicht über die Mitgliedschaft der Bewerber entschieden werden, sondern über die Stimmberechtigung. Dies ist aber nicht Aufgabe des Vorstandes, sondern der Mandatsprüfungskommission und im Zweifel der OV-Versammlung, nicht aber des Vorstandes.

Dringlich und daher allenfalls geeignet, eine ad-hoc-Sitzung einzuberufen, wäre die Angelegenheit nur gewesen, wenn ein

billigenswertes Interesse bestanden hätte, die 50 gerade bei dieser Wahl mit abstimmen zu lassen. Es braucht aber nicht wiederholt zu werden, daß die Anfechtungsgegner selbst die Meinung vertreten, zur Veränderung von Mehrheitsverhältnissen sei dies nicht zulässig. Vertritt man aber die Meinung wie der Vorstandsrest, dies sei doch zulässig, mißt man denselben Sachverhalt mit verschiedenen Maßen, handelt also willkürlich. Dies gilt erst recht, wenn unterstellt wird, wie wohl richtig, daß sämtliche 50 die Vorstandslinie politisch unterstützt hätten.

Ein Fall der Verhinderung lag nicht vor, denn der Vorsitzende hat sich nicht geweigert, sondern gehandelt, indem er eine Vorstandssitzung über diesen Punkt anberaumte.

Der Vorstandsbeschuß vom 23.10. in der "ad-hoc-Sitzung" ist schon deswegen unwirksam, weil die Ladungsfrist für die Vorstandssitzung nicht gewahrt ist, denn eine solche kann nur ad hoc stattfinden, wenn alle Vorstandsmitglieder bei der Sitzung anwesend sind und keiner die Abkürzung oder Nichtwahrung der Ladungsfrist rügt. Eine Rüge ist aber schon darin zu sehen, daß der Vorsitzende eine Ladung zur ordentlichen Vorstandssitzung auf den 30.10.1981 vornahm.

Es ist nicht unbestreitbar, daß alle Mitglieder, die an den Wahlen teilgenommen haben, auch stimmberechtigt gewesen sind. Nicht stimmberechtigt waren nach dem eigenen Vortrag des Vorstands 52 Mitglieder, wenn dieser richtig gewürdigt wird. Richtig ist allerdings, daß die 85 Bewerber, über deren Aufnahmeantrag sowohl in der Vorstandssitzung vom 30.10., wie auch vom 9.11. hätte entschieden werden müssen, jedoch nicht entschieden wurde, nicht stimmberechtigt waren, da sie bis heute nicht Mitglieder waren.

Aus obigem ergibt sich, daß Stimmberechtigung der 50 am 23.10. nicht gegeben war. Wenn die Ansicht der Anfechtungsgegner richtig ist, daß es sich bei der Wahl am

10.11.1981 um eine Fortsetzung der Sitzung vom 23.10.1981 handelte, waren diese Mitglieder auch am 10.11.1981 nicht stimmberechtigt. Handelte es sich aber nicht um eine Fortsetzung, wären zwar die 50 stimmberechtigt gewesen, jedoch wäre dann die Frage - wie geschehen - entscheidungserheblich geworden, ob die Verweigerung eines Beschlusses über die Aufnahme weiterer Mitgliedsanträge durch die OVV-Mehrheit willkürlich war. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für die Aufnahme der 50 bzw. 52 derselbe Maßstab anzulegen ist. Dabei kann sich die willkürliche oder die willkürfreie Entscheidung aus verschiedenen Anknüpfungspunkten ergeben:

- Mehrheitsverhältnisse (oder deren Veränderung)
- Kandidaten
- Datum des OVV-Beschlusses über Beitrittsanträge (Stichtag)
- Mitgliedschaft und Stimmberechtigung
- Betreiben der SPD, die Mitgliederzahl zu vergrößern (oder zu verkleinern), um besser politisch wirken zu können
- Überrumpelung.

B.

Die Unterlassung der Aufnahme der 85 Bewerber war willkürlich, rechtsmißbräuchlich, satzungswidrig und darin lag eine verbotene Einflußnahme auf das Wahlergebnis bei der Delegiertenwahl, die auch für das Ergebnis ursächlich war, bzw. hätte sein können.

Falsch ist die Ansicht, daß das Organisationsstatut eine Regelung, wer aufgenommen werden muß, wenn er einen Antrag stellt, nicht geregelt habe. Dies ist zwar nicht ausdrücklich wörtlich angesprochen, jedoch ist geregelt, wer nicht aufgenommen werden kann, nämlich ein Bewerber, bei dem bestimmte Gründe vorliegen. Als solche sind anzusehen zum Beispiel: politisches Verhalten in der Vergangenheit, Wohnung außerhalb des Ortsvereinsbereichs,

satzungsgemäßer Beitrag usw. Keiner der Gründe, welche eine Ablehnung zur Folge haben, wird gegen die 85 eingewendet. Ausschließliches Argument ist vielmehr der Wunsch der Vorstandsmehrheit, die Veränderungen von Mehrheiten, die darüberhinaus auch nur vermutet wird, nicht aber bewiesen werden kann, zu verhindern. Im übrigen ist davon auszugehen, daß jeder Eintrittswillige sich vor seinem Eintritt über die Ziele der Partei informiert hat und diese vertreten will, und gerade im Zeichen eines Mitgliederrückgangs, wie er derzeit in M zu verzeichnen ist, kann Beitrittswilligen nicht unterstellt werden, daß dies lediglich zu einem bestimmten Zweck, nämlich der Veränderung von Mehrheitsverhältnissen anlässlich einer ganz bestimmten Wahl geschieht. Aus welchem Grunde sollten eigentlich Mitglieder sonst noch in die SPD eintreten, wenn nicht, um ihre politischen Ziele als Mitglied besser vertreten zu können ?

Im übrigen ist es bei jedem Verein so, daß der Neueintritt von Mitgliedern Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen verändern kann, wie auch die Reaktivierung von inaktiven Mitgliedern. Davor, daß dies nicht geschieht, ist kein Vorstand und kein Verein gefeit. Auch eine politische Partei nicht.

Allein in der willkürlichen Verweigerung der Aufnahme der 85 durch die Vorstandsmehrheit liegt zwar eine Handlung, mit der die betroffenen 85 nicht vor das Parteischiedsgericht ziehen können, jedoch zugleich eine unzulässige Beeinflussung eines Wahlergebnisses mit der ausschließlichen Folge, ein bestimmtes Wahlergebnis zu erzielen. Dieses Verhalten ist durchaus eine Frage, die rechtlich zu beantworten ist und vor die Parteischiedsgerichte gehört gemäß § 11 Abs. 3 und 2 der Wahlordnung.

Aus dem vorgetragenen ergibt sich, daß schon die Verweigerung der Aufnahme von beitriftswilligen Mitgliedern in die SPD, insbesondere dann, wenn gegen die Mitgliedschaft der Beitrittswilligen keine Gründe vorgebracht werden, allein

zur Verhinderung der Veränderung von Mehrheiten willkürlich, rechtsmißbräuchlich und damit satzungswidrig ist. Die Beitrittswilligen treten nämlich gerade zur Veränderung von Mehrheiten, sei es im gesamtpolitischen Raum, sei es auch innerhalb der Partei in diese ein. Ein Parteieintritt - und selbstverständlich werden die aufgenommenen Mitglieder auch weiter in der Partei mitwirken - zur Veränderung von Mehrheitsverhältnissen ist allenfalls dann anrücklich, wenn diese zur Unterstützung eines Kandidaten erfolgt, der nicht die Ziele der Partei vertritt oder selbst in die SPD eingetreten ist, um die Ziele der Partei zu verändern, und zwar in einer Weise, die dem Parteiprogramm nicht entspricht. Dies kann aber keinesfalls gelten, wenn die zur Debatte stehenden Kandidaten solche sind, die sich in der Partei in langjähriger Tätigkeit bewährt haben, wie beide Kandidaten hier, insbesondere aber der Genosse K, der immerhin auch für diese Partei sechs Jahre lang Oberbürgermeister der Landeshauptstadt M war.

Im übrigen hat die Parteisatzung selbst eindeutige Vorschriften, daß ein Kandidat für ein Parteiamt eine Mindestzeit der Mitgliedschaft in der Partei nachweisen muß, die je nach Amt verschieden ist. Gerade darin, daß die Satzung für die Mitgliedschaft in der Partei eine solche Regelung nicht enthält, ist zu schließen, daß es eine "Kandidatur" für Mitglieder, wie sie in kommunistischen Parteien beispielsweise üblich ist, in der SPD gerade nicht geben soll. Dasselbe gilt natürlich auch für die Mitgliedschaftsrechte, nämlich das Stimmrecht.

Im übrigen stellt die Vorstandsmehrheit die Aufnahme der 85 Beitrittswilligen als Überrumpelung des OV dar. Tatsächlich könnte in der Aufnahme allenfalls eine Überrumpelung des Vorstandes gesehen werden.

Wäre der Aufnahmebeschluß in der ad-hoc-Sitzung vom 23.10. wirksam, wäre dies gerade die sittenwidrige Überrumpelung des OV, die die Vorstandsmehrheit angeblich verhindern will. Es wäre dies die Überrumpelung durch Teile des OVV, die als

besonders verwerflich anzusehen ist, da Vorstandsmitglieder aufgrund ihrer besonderen Stellung als solche erkannte Manipulationen schon gar nicht vornehmen dürfen.

Die Willkür der Aufnahme der 50 durch den Beschluß der Vorstandsmehrheit ergibt sich aus der Behandlung bzw. der Ablehnung der weiteren Beitrittswilligen, welche ihre Aufnahmeanträge zwischen 23.10. und 30.10.1981 abgaben. Der Vorsitzende wollte auch über die weiteren Anträge am 30.10. abstimmen lassen. Wäre eine ad-hoc-Beschlußfassung in der OV-Versammlung vom 23.10. notwendig gewesen, wäre dies auch aus Gründen der Gleichbehandlung am 30.10. hinsichtlich der weiteren 85 Aufnahmeanträge gerechtfertigt und notwendig gewesen. Hinsichtlich der weiteren 85 wurde aber am 30.10. beschlossen, in der nächsten Vorstandssitzung darüber zu beschließen. Dies hatte also Zeit.

Auch in der nächsten Vorstandssitzung wurde jedoch nicht entschieden, sondern bis heute nicht. Die nächste Sitzung fand noch vor dem Wahltag, nämlich am 9.11. statt.

Wäre aber eine ad-hoc-Entscheidung am 23.10. wegen 50 notwendig gewesen, wäre dies jedenfalls am 9.11. erst recht der Fall gewesen, zumal für die Prüfung dieser Anträge über 10 Tage Zeit war.

Bei der Entscheidung über Aufnahmeanträge kann aber nicht die ungeprüfte und lediglich vermutete Festlegung innerhalb einer politischen Richtung in der SPD mit verschiedenen Maßen gemessen werden. Vielmehr müssen, wenn eine Überrumpelung oder der Durchmarsch einer Lobby befürchtet werden, Überrumpelungsversuche des Vorstandes einer Gliederung mit strengeren Maßstäben gemessen werden als solche anderer Mitglieder. Dies ergibt sich aus der besonderen Stellung des Vorstandes.

Soweit am 30.10. durch die Vorstandsmehrheit beschlossen wurde, spätere Anträge (gemeint waren solche nach dem 23. 10.) abzulehnen, kann dies richtigerweise nur so verstanden werden, daß später ab 30.10., keineswegs jedoch rückwirkend gelten kann.

C.

Die Willkür, durch die der OVV (Mehrheit) die Wahl beeinflusste, ergibt sich auch aus der Festlegung des "Stichtages".

1. Die Festlegung eines Stichtages, bis zu dem Mitglieder stimmberechtigt sind oder nicht, ist durch Vorstandsbeschluß, wenn überhaupt, dann nur in sehr engen Grenzen möglich. Es handelt sich bei einem derartigen Beschluß um einen Satzungsbeschluß, der allenfalls mit 2/3 Mehrheit der Versammlung, keinesfalls aber durch den Vorstand gefaßt werden kann. Hier ist vorausgesetzt, daß der OV-wie tatsächlich keine Satzung hat.
2. Bei der Festlegung eines Stichtages hinsichtlich der Stimmberechtigung von Mitgliedern handelt es sich um einen harten und normalerweise unzulässigen Eingriff in Mitgliedschaftsrechte. Die Festlegung eines Stichtages für die Aufnahme von Mitgliedern ist keinesfalls zulässig. Dasselbe gilt für einen Stichtag hinsichtlich eines Beschlusses des OVV über die Aufnahme. Wäre dies zulässig, wäre jeder OVV in der Lage, einen Mitgliederstop in seinem Bereich mit Mehrheit zu beschließen. Diese tatsächliche Lage besteht übrigens seit dem 30.10.1981 im OVV H.

Möglich ist allerdings ein Beschluß des Ortsvereinsvorstandes mit Mehrheit darüber, einen Stichtag für die Stimmberechtigung von Mitgliedern für eine bestimmte Wahl festzulegen. Dies ergibt sich aus der unmittelbaren Wirkung des § 6 Abs. 1 a der UB-

Satzung [in M]. Diese gilt insgesamt für die Ortsvereine analog. Dies ergibt sich aus § 22 der Satzung des UB-M der SPD, wonach die Ortsvereine durch eigene Satzungen nur bestimmte Bereiche regeln können.

3. § 6 Abs. 1 a der UB Satzung bestimmt, daß für die Wahl der UB-Delegierten ein Stichtag festgelegt werden kann der 3 Monate zuvor

- festgelegt und
- bekanntgegeben

werden muß. Eine rückwirkende Festlegung eines Stichtages wie am 30.10.1981 im OV H durch den Vorstand geschehen, ist damit nicht möglich. Darauf wies auch der UB-Vorsitzende H ausdrücklich hin.

4. In der OV-Vorstandssitzung vom 30.10.1981 wurde über 137 Anträge entschieden, wovon 52 Beitritte akzeptiert, 85 zurückgestellt bzw. nicht befaßt wurden. Auch in der Zurückstellung liegt eine Entscheidung.

Der einzig willkürfreie Stichtag wäre daher nach der Satzung bei einem Beschluß am 30.10.1981 der 31.1.1982. Unterstellt, der erstmalige Beschluß des OVV vom September 1981 (Parteibuch) sei wirksam, wäre die Frist heute noch nicht abgelaufen. Beide Stichtagsbeschlüsse sind aber schon deswegen - jedenfalls noch - unwirksam, da beide nicht bekanntgegeben wurden.

Zusammenfassend kann daher vorbehaltlich weiterer eventuell möglicher Ausführungen anläßlich einer Anhörung und einer weiteren Erwidern, falls noch eine Stellungnahme eingeht, gesagt werden:

Willkürlich ist es, wenn

- 52 Mitglieder aufgenommen werden und dadurch die vorherigen Mehrheitsverhältnisse im OV verändert werden.
- 85 nicht aufgenommen werden, damit der Umsturz verewigt wird und die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes verhindern.
- satzungswidrige Stichtage rückwirkend festgelegt werden.
- gleiche Sachverhalte ungleich behandelt werden.
- ein Wahlergebnis in einem OV so verfälscht wird, wie es die Mehrheit des OVV vom H getan hat."

Hinsichtlich der diesem Schreiben beigefügten Anlagen wird auf die Akten verwiesen.

2. Der Unterbezirk M nahm zum Schriftsatz des Beistandes des Antragstellers mit Schreiben vom 18.1.1982 wie folgt Stellung:

"Zur Sache: wegen des Streits um die Neuaufnahme von Mitgliedern im Ortsverein H wurde die Wahl der dortigen Kreisverbandsdelegierten und des von der Kreisverbandskonferenz aufgestellten Landtagskandidaten angefochten. Gestützt war die Anfechtung auf den Vorwurf, die Aufnahme bzw. Nichtaufnahme von Neumitgliedern sei willkürlich gewesen. Sowohl der Unterbezirksvorstand (14 Stimmen, 1 Gegenstimme, 2 Enthaltungen) als auch die Bezirksschiedskommission unter Vorsitz von S haben die Anfechtung zurückgewiesen.

In der Anlage füge ich Kopien dieser beiden Entscheidungen bei.

Der Sachverhalt ist dort gründlich und objektiv dargestellt und nicht so einseitig wie in der "Berufungsbegründung" des

Genossen RA J, die im übrigen z. T. mit Schriftsätzen im Anfechtungsverfahren identisch ist.

Der Unterbezirk M regt an, die Akten des Anfechtungsverfahrens beizuziehen, um insbesondere die Stellungnahmen der Ortsvereinsmehrheit H ergänzend zur Kenntnis zu nehmen.

Weiterhin empfiehlt der Unterbezirksvorstand, ausdrücklich Stellungnahmen des Ortsvereinsvorstands H (und nicht nur des OV-Vorsitzenden) einzuholen, da der Vorsitzende selbst zu den Wahlanfechtenden gehörte und somit auch mit den Antragstellern des Statutenstreitverfahrens sympathisiert und daher kaum in der Lage sein wird, die Position der Gegenseite (Ortsvereinsmehrheit) sachgerecht zu vertreten.

Im übrigen ist dem Unterbezirk aus den ihm vorliegenden Unterlagen nicht ersichtlich, inwiefern ein zulässiger Antrag auf Einleitung eines Statuten-Streit-Verfahrens vorliegen soll. Wir bitten um Zusendung der erstinstanzlichen Entscheidung und Mitteilung, ob die Bundesschiedskommission eine Zulässigkeit und Begründetheit des Antrags und der Berufung für möglich hält, damit hierzu erforderlichenfalls noch vorgetragen werden kann.

Soweit uns bekannt ist, hat die Bezirksschiedskommission bisher nur über die Wahlanfechtung und über einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung entschieden. Das erstgenannte Verfahren ist endgültig abgeschlossen, für eine Fortsetzung des zweiten fehlt jedweder Anordnungsgrund (Eilbedürftigkeit), so daß erst eine Entscheidung erster Instanz in der Hauptsache ergehen mußte."

Die in dieser Stellungnahme erwähnten Anlagen sind dieser Entscheidung als Anlage 1 (Entscheidung des Unterbezirksvorstandes der SPD [in M] vom 23.11.1981 über die Wahlanfechtung von K und anderen der Wahl der Kreisverbands-Delegierten im Ortsverein H vom 10.11.1981) und als Anlage 2 (Entscheidung der Bezirksschiedskommission S

betreffend Anfechtung der Wahl von Delegierten für die Kreisverbandskonferenz im Ortsverein H des Unterbezirks M am 10. November 1981) beigelegt.

3. Vom Beistand des Antragstellers wurde mit Datum vom 22.1.1982 folgender Schriftsatz zur Bundesschiedskommission eingereicht:

"in obiger Angelegenheit beantrage ich als Vertreter des OV M-M der SPD, daß Ruhen des Verfahrens anzuordnen.

Soeben erfahre ich, daß zwischenzeitlich im OV H der SPD [in M] die in den bisherigen Schriftsätzen erwähnten 85 Neumitglieder durch Vorstandsbeschluß Mitglieder des Ortsvereins H wurden.

Nachdem mithin insoweit in tatsächlicher Hinsicht eine Änderung des bisherigen – unhaltbaren - Zustandes eingetreten ist, bedarf es einer Beratung der zuständigen Gremien meiner Mandantschaft, um eine Entscheidung und Willensbildung darüber herbeizuführen, ob an der Durchführung des Verfahrens und einer Entscheidung der Bundesschiedskommission festgehalten werden soll und muß.

Sobald die entsprechenden Beschlüsse gefaßt sind, werde ich von mir aus auf die Bundesschiedskommission erneut zukommen und erklären, ob die gestellten Anträge zum Zwecke der Herbeiführung einer Entscheidung aufrechterhalten oder gegebenenfalls zurückgenommen werden.

Sollte zwischenzeitlich bei der Bundesschiedskommission eine Stellungnahme der Antragsgegner eingehen, wäre ich trotz Anordnung des Ruhens des Verfahrens dankbar, wenn diese nach hier übersandt werden könnte, wobei ich auf die neue Adresse hinweise.

Der Antrag auf Ruhen des Verfahrens wird auch darauf gestützt, daß möglicherweise von Beteiligten-nicht jedoch von meiner Mandantschaft-die Ansicht vertreten werde, daß das Berufungsverfahren gegen den Spruch der

Bezirksschiedskommission S immer noch ein Verfahren der einstweiligen Anordnung sei.

Sollte die Bundesschiedskommission das Ruhen des Verfahrens nicht anordnen wollen oder dies nicht für möglich halten, wäre ich um einen vorherigen Hinweis dankbar. Für diesen Fall kündige ich eine weitere Stellungnahme nach Eingang der Stellungnahme der Antragsgegner gemäß Aufforderung der Bundesschiedskommission vom 4.1. 1982 an."

4. Unter dem 12. März 1982 richtete Rechtsanwalt J folgenden Schriftsatz an die Bundesschiedskommission:

"Betrifft: Statutenstreitverfahren OV M-M

-Berufung-

hier:

1. Antrag auf alsbaldige Entscheidung
2. Beschwerde gegen Untätigkeit der Bezirksschiedskommission S
3. Stellungnahme zum Schriftsatz des UB M vom 18.1.1982

Liebe Genossin Strobl, liebe Genossen,
in obigen Angelegenheiten hat sich die tatsächliche, rechtliche und insbesondere politische Lage im Unterbezirk M, im OV M-H, im OV M-M und im KV IX, zu dem die beiden OVe gehören, in jüngster Zeit derartig verändert, daß nach Ansicht des Unterfertigten und der von diesem Vertretenen in diesem und in anderen Verfahren ein längeres Ruhen des Verfahrens, wie durch Unterfertigten selbst, beantragt und bisher durch die Bundesschiedskommission praktiziert nicht mehr vertretbar ist. Ich bitte daher um möglichst baldige Entscheidung in der Sache, da nur eine solche Sachentscheidung der Bundesschiedskommission Klarheit bringen kann und muß. Jede weitere Verzögerung einer Entscheidung führt - wie die unten stehende tabellarische Aufzählung von Terminen, Fakten und Anträgen bei verschiedenen Adressaten zeigt - zu einem

weiteren Wust von Verfahren, welche die "eine" oder "andere Seite" in Gang setzt und nach ihrer jeweiligen Ansicht auch in Gang setzen muß, wodurch sowohl bei Beteiligten, wie auch Unbeteiligten, bei Kommissionen und Vorständen Energien verbraucht oder verschwendet werden, die in der augenblicklichen politischen Lage jedenfalls und unbestreitbar besser für die anerkannten politischen Ziele der SPD, die bei allen Beteiligten einen gemeinsamen Nenner finden, besser eingesetzt wären.

Bevor ich die Datentabelle niederlege, soweit sie mir persönlich bekannt ist, obwohl ich weder Mitglied des OV M, noch des OV H, noch des KV IX bin, im Gedächtnis ist, erlaube ich mir jedoch, da für die Schiedskommission in B nicht unbedingt intime Kenntnisse der Gliederung der SPD [in M] vorausgesetzt werden können, diese zu schildern, soweit sie hier von Belang ist.

Meine Mandantschaft, der OV M, und der OV H sind Nachbarortsvereine unter dem Dach des KV IX, der mit dem Landtagsstimmkreis übereinstimmt. Unterstellt, die Delegierten des OV H würden jeweils als Block Abstimmungen im Kreisverband vornehmen, wie dies jedenfalls seit dem 23.10.1981 geschah, unterstellt auch, die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse in den anderen Ortsvereinen würden ebenfalls gleich bleiben, wären die Stimmen der Delegierten des OV H im KV IX immer mehrheitserheblich im KV. Dadurch wäre meine Mandantschaft, der OV M, regelmäßig bei normalem Beschlußgang über OV, KV zum UB und insbesondere bei einem Beschlußgang im KV und mithin im Landtagsstimmkreis direkt betroffen. Da der KV-Vorstand kraft Satzung im UB-Vorstand vertreten ist, ist jedenfalls insoweit auch der Geschäftsgang des UB-Vorstandes betroffen.

Daten, Termine, Beschlüsse, welche mithin die betroffenen Parteigliederungen sämtlich oder einzeln betreffen, haben daher jedenfalls Auswirkung auf die Betroffenen unmittelbar,

auf den Beschlußgang ebenfalls unmittelbar und auf die gesamte SPD [in M] wegen der Rückwirkung auf den UB-Vorstand mittelbar.

Die Grundfrage bei allen, im folgenden aufgeführten Daten ist mithin, ob in der Sitzung des OV-Vorstandes am H vom 30.10.1981 willkürlich gehandelt wurde, als entsprechend dem Organisationsstatut ca. 50 Mitgliedschaftsbewerber für die SPD als Mitglieder aufgenommen, ca. 85 Mitgliedschaftsbewerber für die SPD jedoch nicht aufgenommen (ausgesperrt) blieben und dies in der gleichen Vorstandssitzung innerhalb von etwa 5 Minuten.

Soweit daher der Unterbezirksvorstand in seiner Stellungnahme vom 18.1.1982 kritisiert, daß Passagen in den Schriftsätzen des Unterfertigten, diese Angelegenheit betreffend in verschiedenen Verfahren zum Teil identisch sind, liegt dies in der Natur der Sache, denn um die oben angesprochene Grundsatzfrage geht es nun einmal in allen Verfahren, da diese Frage überall die Kernfrage ist.

Die folgende Aufstellung bezeichnet jeweils Vorgänge, in denen diese Frage ebenfalls die Kernfrage ist:

- Aufstellungskonferenz für den Landtagskandidaten im Stimmkreis (KV IX) vom 23.10.1981 (an der Kernfrage gescheitert)
- Vorstandssitzung OV H vom 30.10.1981 (Kernfrage behandelt - nach diesseitiger Ansicht 85 willkürlich ausgesperrt)
- Vorstandssitzung OV H am 9.11.1981 (willkürliche Entscheidung aufrechterhalten)
- Stimmkreiskonferenz KV IX (Wahl des Landtagskandidaten - angefochten - Argument: Kernfrage)

- 10.11.1981 (beantragte Verschiebung der Wahl wegen ungeklärter Kernfrage mehrheitlich abgelehnt, wobei betroffene Delegierte mitstimmten)

- 5.11.1981 Antrag OV M im Statutenstreitverfahren "einstweilige Anordnung" aber Hilfsanträge

- 2.12.1981 Entscheidung Bezirksschiedskommission Statutenstreit (siehe Seite 4, 1. Absatz Mitte)

- 23.11.1981 Entscheidung UB-Vorstand im Anfechtungsverfahren

- 10.12.1981 Entscheidung Bezirksschiedskommission im Anfechtungsverfahren

- 13.2.1982 Abwahl der Delegierten zum KV IX im OV H (Einladung dazu durch UB-Vorstand, da zwischenzeitlich sowohl ordentliche, wie auch kommissarische Amtszeit des OV-Vorstandes H nach der Satzung abgelaufen)

- 8.2.1982 Antrag auf Einleitung eines Statutenstreitverfahrens OV M-M an die Bezirksschiedskommission (Anlage Schriftsatz des Unterfertigten vom 8.2.1982)

- Entscheidung UV-Vorstand über Anfechtung der Abwahl der KV-Delegierten OV H am 13.2.1982 (ohne rechtliches Gehör)

- Anrufung der Schiedskommission dagegen (Schriftsatz des Unterfertigten vom 1.3.1982 -Anlage-

- 8.2.1982 Ablehnung der Mitglieder der Bezirksschiedskommission, welche im Anfechtungsverfahren und im Verfahren einstweiliger

Anordnung Statutenstreit entschieden hatten (Schriftsatz
Unterfertiger vom 8.2.1982 -Anlage-

- 16.2.1982 Mitteilung Bezirksschiedskommission über
Zusammensetzung der Schiedskommission (Anlage)
- Seither Untätigkeit der Bezirksschiedskommission
- Beschwerde dagegen (siehe unten-heute)
- Zwischenzeitlich Wahlperiode KV-Vorstand KV IX
abgelaufen, zwei Monate nach Ablauf der Wahlperiode
(kommissarisch) abgelaufen = kein KV-Vorstand mehr

Diese Aufstellung ließe sich noch fortführen. Sie erhebt auch
keinen Anspruch auf Vollständigkeit, ist lediglich zur
Klarstellung gedacht, daß vor einer endgültigen Entscheidung
der Bundesschiedskommission erhebliche Teile der SPD [in M]
wegen oben bezeichneter Kernfrage gelähmt sind.

Das Ergebnis ist, daß Vorstände nicht vorhanden sind,
Ortsvereine und Kreisverbände nicht handlungsfähig,
Unsicherheit über den Landtagskandidaten besteht, ein
Anfechtungsverfahren das andere überholt ...

2. BESCHWERDE

Gegen die Untätigkeit der Bezirksschiedskommission im
Statutenstreitverfahren (I. Instanz-Hauptsache), eingelegt mit
Schriftsatz des Unterfertigten vom 8.2.1982 (Anlage) lege ich
hiermit namens und im Auftrag meiner Mandantschaft
BESCHWERDE ein. Der Dringlichkeit halber, die sich aus
obigem Sachvortrag ergibt, lege ich diese Beschwerde sogleich
zur Bundesschiedskommission zuständigkeitshalber ein.

Die besondere Eilbedürftigkeit der Entscheidung über die
Beschwerde, die in der Kernfrage auch eine Entscheidung über

das hier anhängige Verfahren (in der Hauptsache) als Sachentscheidung ist, ergibt sich aus dem oben unter 1. getätigten Sachvortrag in Verbindung mit dem bisherigen Sachvortrag in folgender Darstellung:

Im Antrag meiner Mandantschaft im Verfahren der einstweiligen Anordnung bei der Bezirksschiedskommission S waren hilfsweise Sachanträge gestellt, hinsichtlich deren die Bezirksschiedskommission in der angefochtenen Entscheidung lediglich am Rande begründete, diese Fragen seien im Anfechtungsverfahren ebenfalls zu entscheiden. Die angefochtene Entscheidung der Bezirksschiedskommission stützte sich lediglich darauf, daß das Verfahren der einstweiligen Anordnung im Statutenstreitverfahren von der Satzung nicht vorgesehen sei. Dabei ist zwar richtig, daß das einstweilige Anordnungsverfahren in der Satzung nicht ausdrücklich erwähnt ist, jedoch ist dies kein Grund, ein solches nicht zuzulassen. Das Beschwerdeverfahren - wie hier - ist ebenfalls in den Satzungen nicht erwähnt, wird jedoch in ständiger Praxis von den Schiedskommissionen (mit Billigung und unter ausdrücklicher Bestätigung der ordentlichen Gerichtsbarkeit bis in letzte Instanz) praktiziert.

Als Untätigkeit der Bezirksschiedskommission muß bereits gewertet werden, daß mit dem anliegenden Schreiben vom 16.2.1982 Ablehnungserklärungen gemäß § 5 Abs. 4 der Schiedsordnung angefordert wurden. Die Bezirksschiedskommission hat im Schreiben vom 16.2.1982 (dort Zeile 2) gemeint, es seien lediglich Ablehnungsanträge angekündigt, jedoch ergibt sich aus dem anliegenden Schriftsatz des Unterfertigten vom 8.2.1982, daß eine Ablehnung der dort auf Seite 2 benannten Kommissionsmitglieder nicht angekündigt, sondern erklärt wurde.

Die Fristen gemäß der Schiedsordnung sind seit der Mitteilung vom 16.2.1982 bereits lange abgelaufen über die

Zusammensetzung der Schiedskommission - erst recht aber nicht über einen geplanten Entscheidungstermin - ist nichts bekannt. Darüber ist auch nichts zu erfahren.

Jedem einigermaßen aktiven Parteimitglied oder auch nur Zeitungsleser in M ist bekannt, daß die oben bezeichnete Kernfrage der Entscheidung bedarf.

Jedem einigermaßen nachdenklichen Parteimitglied ist klar, daß, falls nicht endlich eine endgültige Entscheidung ergeht, die oben bezeichneten Verhältnisse den Bundesparteitag der SPD überschatten werden, falls nicht mindestens 3 Wochen vor dem Parteitag eine endgültige Entscheidung der Bundesschiedskommission vorliegt. Es ist keine Frage, daß wegen des Bekanntheitsgrades des Genossen K die Entscheidung der Bezirksschiedskommission, erst recht aber diejenige der Bundesschiedskommission in der Sache erhebliches Aufsehen in den Medien erregen wird. Je näher diese an den Bundesparteitag heranreicht, desto mehr wird sie diesem die beabsichtigte Ausstrahlung nehmen.

Eine Verschiebung der Entscheidung auf die Zeit nach dem Bundesparteitag muß ausscheiden, da nicht nur Klarheit über die Landtagskandidatur geschaffen werden muß, sondern auch eine Entscheidung nach dem Bundesparteitag die für Anfang Mai geplante Unterbezirksvorstandsneuwahl beeinträchtigen würde und den dann neu zu wählenden Unterbezirksvorstand in M mit einer untragbaren Hypothek belasten würde.

Aus diesem Grunde bitte ich, über diese Beschwerde hier zusammen mit dem gestellten Antrag im Berufungsverfahren bei der Bundesschiedskommission eine Sachentscheidung möglichst umgehend zu veranlassen.

3.

Zur Stellungnahme des UB-M im Schriftsatz vom 18.1.1982 soll - soweit dies nicht bereits oben geschehen - noch wie folgt Stellung genommen werden:

- a) Die teilweise Identität der Schriftsätze des Unterfertigten, die keine "Berufungsbegründung", sondern eine Berufungsbegründung sind, wurde oben erklärt. Verfolgt man allerdings die Argumentation des UB, der sich zunächst voll der Argumentation der Mehrheit des OV-Vorstandes H anschloß, sodann eine eigene Argumentation entwickelte, die dieser widersprach, sodann sich der Argumentation der Bezirksschiedskommission im Anfechtungsverfahren anschloß, die wiederum derjenigen des Unterbezirks widersprach, ist die Verwunderung über die teilweise Identität des diesseitigen Vortrages verständlich.

Der Anregung, eine Stellungnahme des Ortsvereinsvorstands H einzuholen, schließe ich mich an, nicht jedoch dem in der Äußerung des UB-Vorstands liegenden, versteckten Vorwurf, daß etwa der OV-Vorsitzende nicht wüßte, was zu tun sei und insoweit etwa die Vorstandsmehrheit überginge. Die Position der Gegenseite ist nicht die der Ortsvereinsmehrheit, sie ist es auch nicht gewesen, sondern es ist die der Mehrheit des Ortsvereinvorstandes, welcher die willkürliche Entscheidung am 30.10.1981, nämlich 85 Bewerber auszusperren, traf und gegen jedes Rechtsgefühl rückwirkend einen Stichtag festlegte.

Soweit der UB-Vorstand meint, es fehle am Anordnungsgrund (Eilbedürftigkeit) einer Entscheidung der Bundesschiedskommission wird auf das unter Ziffer 1. dargestellte verwiesen, verbunden mit der persönlichen - und daher wohl unsachlichen - Meinung des Unterfertigten, die eine Frage an die Verfasser der Stellungnahme vom

18.1.1982 des UB-Vorstandes M ist, was eigentlich noch geschehen muß, damit Eilbedürftigkeit vorhanden sei. Seitens meiner Partei kann ich dazu lediglich erklären, daß zwar von hier aus das Ruhen des Verfahrens bei der Bundesschiedskommission im Hinblick auf die gestellten Anträge bei der Bezirksschiedskommission beantragt wurde, jedoch niemand seinerzeit wissen konnte, daß die Bezirksschiedskommission bis heute über das Schreiben vom 16.2.1982 nicht hinauskam. Möglicherweise hat der UB-Vorstand diesbezüglich mehr gewußt. Offensichtlich ist dies auch am 24.2.1982 der Fall gewesen, als der UB-Vorstand in einem Anfechtungsverfahren ohne Anhörung des Anfechtungsgegners eine Entscheidung traf, wobei ich auf den anliegenden Schriftsatz des Unterfertigten, weniger auf die Begründung, als auf die Sachverhaltsdarstellung verweise."

Hinsichtlich der in diesem Schriftsatz erwähnten Anlagen wird auf die Akten verwiesen.

5. Unter dem 23.3.1982 gab der Unterbezirk M folgende Stellungnahme ab:

"Rechtsanwalt J rügt in seinem Schriftsatz an die Bezirksschiedskommission, daß die Anfechtungsgegner der Abwahl der 30 Kreisverbandsdelegierten des Ortsvereins H nicht ordnungsgemäß zur Sitzung des Unterbezirksvorstandes geladen worden seien, auf der über die Anfechtung entschieden wurde.

Diese Rüge ist unverständlich, da im Schriftsatz selbst vermerkt ist, daß es zum fraglichen Zeitpunkt nicht einmal mehr einen kommissarisch tätigen Ortsvereinsvorstand gab, der hätte geladen werden können. Die Wahlen wurden, wie im Schriftsatz richtig vermerkt ist, vom Unterbezirksvorstand durchgeführt, der auch die Ortsvereinsversammlung einberufen hat. Anfechtungsgegner kann also nur der Unterbezirksvorstand sein. Die Geschäftsstelle des Unterbezirks hat darüberhinaus aber den Genossen K als früheren Vorsitzenden des Ortsvereins H und als Sprecher

jener Gruppierung, die die Abwahl der KV-Delegierten gefordert und durchgesetzt hat, eingeladen. Keinesfalls können die 87 Unterzeichner der Forderung nach einer außerordentlichen Ortsvereinsversammlung als Anfechtungsgegner angesehen werden;

- a) wer die Einberufung einer Versammlung fordert, wird dadurch noch nicht zum Veranstalter der Wahl, die von dieser Versammlung durchgeführt wird;
- b) anderenfalls müßte die Zustellung mit Einschreiben gegen Rückschein künftig an eine unüberschaubar große Zahl von angeblichen Verfahrensbeteiligten erfolgen."

III.

1. Die Kontrollkommission des Unterbezirks M hat auf Veranlassung des Unterbezirks M folgenden Bericht abgegeben, den der Unterbezirk M mit einem weiteren Schreiben vom 23.3.1982 zur Bundesschiedskommission einreichte:

M, den 20. Febr.1982

"SPD-Unterbezirk M
-Kontrollkommission-

An den

Vorstand des SPD-Unterbezirks M in M

Betreff: Untersuchungs- und Feststellungsverfahren auf Antrag des Vorstandes der SPD [in M] vom 25.1.1982

hier: Untersuchungsbericht

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Kontrollkommission des Unterbezirks M als Untersuchungskommission erstattet nach dem Ergebnis der am 10. Februar 1982 durchgeführten mündlichen Verhandlung gemäß § 33 des Organisations-Statuts der SPD und § 10 Abs. 5 der Satzung des Unterbezirks M den folgenden Bericht.

I.

Die Kontrollkommission erhielt mit Schreiben vom 26.1 1982 vom Vorstand des Unterbezirks den folgenden Auftrag:

Die Kontrollkommission wird vom Gesamtvorstand der SPD [in M] gebeten, folgende Fragen zu beantworten: Hat die Geschäftsstelle der SPD [in M] oder der Geschäftsführer oder ein Angestellter bei der Bearbeitung von Beitrittserklärungen von Personen aus dem Bereich des Ortsvereins H gegen Satzungsvorschriften, Dienstpflichten oder Anweisungen verstoßen?

Der Gesamtvorstand bittet, da die Fragen zum Nachteil der Partei öffentlich erörtert werden, um Klärung bis zum 25.2.1982.

Die Kontrollkommission war demnach beauftragt, die üblichen geschäftsmäßigen Geschehensabläufe bei der Neuaufnahme von Mitgliedern sowie die tatsächlichen Vorgänge in der SPD-Geschäftsstelle im Zusammenhang mit der Neuaufnahme von Mitgliedern des Ortsvereins H zu erforschen. Der in Frage stehende Zeitraum war der Sommer 1981 und die anschließenden Wochen bis zum 23. Oktober 1981, an dem die erste Versammlung des Ortsvereins H zum Zwecke der Wahl von Delegierten angesetzt war.

Der Streitfall war zum Zeitpunkt der Untersuchung bei keiner Schiedskommission anhängig (§ 23 Abs. 2 der SchO).

II.

Die Untersuchungskommission hat die mit der Bearbeitung von Neuaufnahmen befaßten Mitarbeiter der SPD-Geschäftsstelle G, F und K mündlich befragt.

III.

Zusammenfassend ergab sich folgender Sachverhalt:

Über das Eintreffen von Aufnahmescheinen und die Ausstellung von Büchern wird im Unterbezirksbüro eine handschriftliche Liste geführt, in die das Eintrittsdatum laut Aufnahmeschein, das Eingangsdatum des Aufnahmeantrags, sowie das Ausstellungsdatum des Buches eingetragen werden.

Mitgliedsbücher für neu eingetretene Mitglieder werden im Unterbezirksbüro einmal wöchentlich ausgestellt, so daß sie etwa 8 Tage nach dem Eintreffen des Aufnahmeantrags vorliegen. Die Zustellung des Buches an das neue Mitglied erfolgt aufgrund der jeweiligen Abmachungen zwischen dem betroffenen Ortsverein und dem Unterbezirksbüro. Zum Teil werden die Bücher unmittelbar an das neue Mitglied per Post versandt, zum Teil werden sie von den Vorständen der Ortsvereine abgeholt und persönlich zugestellt.

Die Daten eines jeden neuen Mitglieds werden in die Kartei des Unterbezirks aufgenommen. Außerdem erhält der Vorstand des zuständigen Ortsvereins eine Mitteilung über die Aufnahme des Neumitglieds mit den entsprechenden Daten.

Der Zeitraum bis zur Versendung dieser Benachrichtigung kann aufgrund der anfallenden Arbeiten des Unterbezirksbüros bis zu 4 Wochen betragen.

Im fraglichen Zeitraum ergab sich folgende Situation:

Die mit den Neuaufnahmen befaßten Mitarbeiterinnen F (Ausstellung der Mitgliedsbücher) und K (Anfertigung der Karteikarten und Benachrichtigung der Ortsvereine) befanden sich vom 16. September bis 2. Oktober 1981 in Urlaub. Sie traten den Dienst am 5.10.1981 wieder an.

Die Mitgliedsbücher wurden durch F vor Antritt ihres Urlaubs sowie nach ihrer Rückkehr, wie oben beschrieben, laufend ausgestellt. Genossin K war vor ihrem Urlaub mit den Vorbereitungsarbeiten für den Parteitag am 7.10.1981 befaßt. Ab 5.10. bis 19.10.81 lief die Buchkontrolle, mit der sie ganztägig beschäftigt war. Anschließend war die Einspeisung

der Daten in die EDV [in B] aufgrund der Buchkontrolle und der Stimmkreisänderung durch Genossin K zu bearbeiten, da diese Daten lt. Vereinbarung mit der Zentrale [in B] bis spätestens 4. November 1981 vorzuliegen hatte. Gleichlaufend wurden von K die Unterlagen für eine Benachrichtigung der Ortsvereine erstellt, welche von den o.a. Änderungen betroffen waren.

IV.

Mit dem Ortsverein H bestand die Vereinbarung, daß neu ausgestellte Mitgliedsbücher vom Vorstand des Ortsvereins abgeholt und an die neuen Mitglieder übergeben werden. Im untersuchten Zeitraum wurden die neuen Bücher von Mitgliedern des Vorstands des Ortsvereins H abgeholt. Nach Erinnerung der Mitarbeiter des Unterbezirks waren dies, wie auch schon früher, die Genossen E und B, beide Mitglieder des Vorstands und Genosse B, der auch früher schon im Auftrag des Vorsitzenden K neue Bücher in Empfang genommen hatte. In einem Fall hat sich nach der Erinnerung der Mitarbeiter auch Genosse K neue Mitgliedsbücher des Ortsvereins H zur Weitergabe aushändigen lassen, für die er die Aufnahmescheine vorgelegt hatte.

Auf Befragen der beteiligten Mitarbeiter ergab sich: Die ausgestellten Bücher werden von F an K übergeben, in deren Arbeitsraum sie zur Abholung bereitliegen.

Sie werden nach Ortsvereinen gebündelt. Die Frage, ob die Bücher möglicherweise nach anderen Gesichtspunkten - etwa nach "Gruppenzugehörigkeit" - sortiert waren, wurde von den Mitarbeitern glaubwürdig verneint. Jeder Beauftragte des Ortsvereins H fand jeweils alle neu ausgestellten Bücher des Ortsvereins in einem Stapel vor.

Ob die Mitnahme der Bücher des Ortsvereins H möglicherweise "selektiv" erfolgte, war aus der Erinnerung der Mitarbeiter nicht festzustellen. Da eine Aufteilung der Buchübergabe innerhalb der Ortsvereinsvorstände nicht unüblich ist, wäre es den Mitarbeitern des Unterbezirks nicht aufgefallen.

V.

Die Kontrollkommission als Untersuchungskommission kam zu den folgenden Feststellungen. Bei dieser abschließenden Würdigung hat sich der Vorsitzende T wegen des möglichen Einwands der Befangenheit des Votums enthalten.

Zusammenfassung

1. Bei der Ausstellung der Mitgliedsbücher für den Ortsverein H war keine Abweichung von der üblichen Regelung festzustellen. Vom Geschäftsführer wurden keine besonderen Anweisungen erteilt.

2. Die Meldung der Daten neuer Mitglieder an die Ortsvereine erfolgte im fraglichen Zeitraum nicht gleichzeitig mit der Aushändigung der Mitgliedsbücher. Diese Verzögerung betraf nicht nur den Ortsverein H. Sie beruhte auf dem Arbeitsanfall des Unterbezirks-Büros in dieser Zeit. Es handelt sich um keinen Einzelfall. Zeitliche Verzögerungen hat es früher ebenfalls gegeben.

3. Das Unterbezirksbüro hat die neuen Mitgliedsbücher wie vereinbart zur Abholung für den Ortsverein H aufgelegt.

4. Die Abholung der Bücher erfolgte durch Genossen, die für die Mitarbeiter des Unterbezirks dafür legitimiert waren.

5. Das Unterbezirksbüro hat die unterschiedliche Information der Vorstandsmitglieder über Neuaufnahmen innerhalb des Ortsvereins H nicht veranlaßt oder verschuldet.

VI.

Die Untersuchungskommission hatte lediglich tatsächliche Feststellungen zu treffen.

Der auftraggebende Unterbezirksvorstand hat die festgestellten Sachverhalte zu würdigen und gegebenenfalls durch Beschlüsse Konsequenzen aus ihnen zu ziehen.

Die Kontrollkommission als Untersuchungskommission bittet um Kenntnisnahme

T, Vorsitzender"

2. Die Bundesschiedskommission führte am 23.4.1982 eine Beweisaufnahme durch, in dem sie die Genossen T, S sowie die Genossin H als Vertreter der Kontrollkommission des Unterbezirks M in Ergänzung zu deren schriftlichen Bericht über den Inhalt dieses Berichtes zur Behandlung der Aufnahmeanträge vernahm.

Als wesentliches Ergebnis der Beweisaufnahme steht fest, daß aufgrund der historischen Entwicklung in M die Unterbezirksgeschäftsstelle als Servicestelle bei Neuaufnahmen für die Ortsvereine tätig wurde. Danach wurden die Bücher in der Unterbezirksgeschäftsstelle ausgestellt und den Neumitgliedern direkt zugesandt oder von Mitgliedern der Vorstände abgeholt und den neu Aufgenommenen ausgehändigt. Eine ordentliche Beschlußfassung durch die Ortsvereinsvorstände über die Neuaufnahmen sei grundsätzlich nicht erfolgt. Mit dem Zugang der Bücher an die Antragsteller auf Neuaufnahme sei die Mitgliedschaft als gültig angesehen worden.

Im Ortsverein H entstand ein unterschiedlicher Informationsstand im fraglichen Zeitraum dadurch, daß Mitglieder des Vorstandes ohne Wissen des Vorsitzenden nach dem bezeichneten Verfahren in kurzer Zeit in der Unterbezirksgeschäftsstelle Mitgliedsbücher abgeholt haben.

Die Bundesschiedskommission hat bei ihrer Entscheidung alle von I. - III. erwähnten Entscheidungsunterlagen gewürdigt und zusätzlich die ihr vorliegenden schriftlichen Unterlagen der Parallelverfahren zur Kenntnis genommen.

Gründe

B.

I.

1) Die Bundesschiedskommission hat es mit dem Verfahren zu tun, das durch den Antrag des Ortsvereins M-M einmal eine einstweilige Anordnung und ferner de facto eine Wahlanfechtung und schließlich einen Statutenstreit begehrte. Materieller Gegenstand in diesen beantragten Verfahren - wie auch in einer Reihe weiterer, hier nicht zur Entscheidung anstehenden Verfahren unterschiedlicher Art - war immer wieder der gleiche Sachverhalt, wie er auch oben unter A dargestellt ist. Es geht um die Behandlung einer Reihe von ungefähr 140 bis 155 Aufnahmeanträgen in die SPD, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums im Bereich des Ortsvereins M-H der SPD eingegangen sind.

2) Der Antrag auf einstweilige Anordnung hat sich dadurch erledigt, daß die Antragsteller selbst alsbald das Ruhen des Verfahrens beantragten. Somit brauchte die Bundesschiedskommission nicht ausdrücklich zu entscheiden, ob in den Verfahren gemäß der Schiedsordnung der SPD in der geltenden Fassung eine einstweilige Anordnung überhaupt erlassen werden kann oder nicht. Dies kann allerdings nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, zumal - durch die ordentlichen Gerichte bestätigt - die Bundesschiedskommission bereits in früheren Verfahren (u.a. POV L) aus rechtsstaatlichen Gründen eine Beschwerde unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen hat. Insofern ist eine Entscheidung, wonach eine einstweilige Anordnung nur deshalb nicht zulässig sei, weil sie in der Schiedsordnung nicht aufgeführt ist, nicht aufrecht zu erhalten.

3) Rechtsirrig ist aber auf jeden Fall die Auffassung der Vorinstanz, daß es sich hier – ausschließlich - um eine Wahlanfechtung handele. Einmal muß beachtet werden, daß der ursprüngliche Antrag sich zumindest hilfsweise auch auf einen Statutenstreit richtet. Ferner hat die Vorinstanz in den Gründen zu ihrer von dem Antragsteller angefochtenen Entscheidung die Materie des Statutenstreits, nämlich die oben unter I 1) erwähnte Aufnahmepraxis im Ortsverein M-H behandelt.

4) Wiederum brauchte die Bundesschiedskommission sich nicht mit der Auffassung der Vorinstanz zu beschäftigen, wonach gemäß § 11 ff. der Wahlordnung der SPD in dem vorliegenden Fall zunächst § 11 Abs. 3 der Vorstand der nächst höheren Organisationsgliederung, d.h., der Unterbezirksvorstand und danach die Bezirksschiedskommission - und diese endgültig - zur Entscheidung berufen ist. Es kann hier offen bleiben, ob bei offensichtlicher Willkür oder Verfahrensfehlern bei einer Wahl nicht doch die nächst höhere Schiedskommission angerufen werden kann, bevor - wie in der Wahlordnung vorgesehen - der Fall vor die ordentlichen Gerichte gebracht wird. In diesem Fall braucht dies deshalb nicht geprüft zu werden, weil es sich eben nicht primär um eine Wahlanfechtung handelt.

5) Die Vorinstanz hat vor allem verkannt, daß der Antragsteller nicht den Wahlvorgang als solchen und in seinen eigentlichen wahlspezifischen Vorgängen (wie z.B. Ladungsfrist, Anordnung der Stimmzettel usw.) angreift. Der Wahlvorgang als solcher ist nicht Gegenstand des Streits. Dies ist vielmehr auch nach dem klaren Text der Anträge und nach dem sich aus dem gesamten Sachverhalt ergebenden Sinn der Anträge die Behandlung der unter I 1) genannten Aufnahmeanträge vor dem Zeitpunkt der Wahl. Diese Praxis bei der Behandlung der Aufnahmeanträge liegt nicht nur zeitlich vor den Wahlvorgängen, sondern stellt auch einen davon getrennten selbständigen Vorgang dar, für den es eigene Satzungsbestimmung gibt. Erst nach Klärung dieser Vorgänge kann es überhaupt zu einem Wahlvorgang kommen, weil erst dann die Zahl der satzungsgemäß stimmberechtigten Mitglieder feststeht.

6) Es ist unzulässig und rechtsirrig, durch eine falsche Qualifikation der gestellten Anträge als Wahlanfechtung einem materiellen Statutenstreitverfahren seine in der Schiedsordnung vorgesehenen Rechtszüge zu nehmen.

II.

1) Die Bundesschiedskommission muß aus Anlaß dieses Verfahrens feststellen, daß es nicht Sinn der Schiedsordnung sein kann und daß es nicht der Wille des Statutengebers - nämlich des die Schiedsordnung beschließenden Parteitages - gewesen ist, daß durch ein Wahlanfechtungsverfahren mittelbar ein Statutenstreit entschieden wird oder gar unmöglich gemacht wird. Angesichts der zahlreichen Berührungspunkte, die es zwischen diesen durchaus unterschiedlichen Verfahren gibt, muß in jedem Fall sehr sorgfältig geprüft werden, welches der beiden Verfahren tatsächlich gewollt ist. Dies gilt besonders dann, wenn die Wahlberechtigung der Abstimmenden Gegenstand eines Verfahrens ist.

2) Wird diese Abgrenzung zwischen Wahlanfechtung und Statutenstreit nicht sorgfältig und rechtlich überzeugend vorgenommen, so müßten beide Verfahrensarten darunter leiden. Die Wahlanfechtung ist nach ihrer ganzen Konstruktion, dem offensichtlichen Willen des Satzungsgebers und der politischen Vernunft geschaffen, um bei Vorliegen von bestimmten Mängeln und Verfahrensfehlern möglichst schnell und endgültig Abhilfe zu schaffen. Deshalb ist gewissermaßen als erste Instanz zunächst ein Exekutivorgan, nämlich der zuständige Parteivorstand und erst dann zur einmaligen Nachprüfung die zuständige Schiedskommission zur Entscheidung berufen. Ein Statutenstreitverfahren (§ 21 der Schiedsordnung) darf aber nicht mit Exekutiventscheidungen vermischt werden. Dies würde weder dem Wortlaut der Schiedsordnung in der gültigen Fassung, dem Sinn des

Statutenstreitverfahrens, noch den rechtsstaatlichen Prinzipien des Parteiengesetzes und der allgemeinen Rechtsordnung entsprechen, die hierfür die ausschließliche Zuständigkeit von Schiedsorganen festgelegt haben.

3) Praktisch würde die Nichtbeachtung der notwendigen scharfen Trennung zwischen Wahlanfechtung und Statutenstreit dazu führen, daß eine große Anzahl, wenn nicht die Mehrheit der Statutenstreitverfahren der satzung- und ordnungsgemäßen Behandlung entzogen würden, indem sie als Wahlanfechtungsverfahren definiert werden.

III.

1) Der hier zur Entscheidung stehende Fall betrifft die Handhabung des § 3, insbesondere dessen Abs. 1 des Organisationsstatuts der SPD. Nicht erheblich ist daher in erster Linie die technische und büromäßige Handhabung der Ausstellung neuer Mitgliedsbücher durch das Unterbezirksbüro M. Vor allem ist festzuhalten, daß der ungewöhnliche Vorgang, etwa 150 neue Mitgliedsbücher innerhalb eines Zeitraums von höchstens 4 Wochen in einem Unterbezirk ausstellen zu müssen, ohnehin hohe büromäßige Anforderungen stellt.

2) In dem vorliegenden Statutenstreit kommt es aber nicht auf den Unterbezirk oder gar auf das Unterbezirksbüro in erster Linie an. Der Unterbezirk ist materiell in soweit an dem Verfahren beteiligt, als der Statutenstreit in einem Ortsverein seines Bereichs spielt. Die Tätigkeit des Unterbezirksbüros beschränkt sich bei der Behandlung von Aufnahmeanträgen auf die büromäßige Hilfe bei der Ausstellung der Mitgliedsbücher. Die politische und satzungsgemäße Verantwortung liegt gemäß § 3 Abs. 1 Organisationsstatut beim Vorstand des Ortsvereins.

3) Nach den allgemeinen Grundsätzen, die für das gesamte Parteileben der SPD gelten, und den Grundsätzen des Willkürverbots auch für alle Parteien nach dem Parteiengesetz, muß die Bestimmung des § 3 Organisationsstatut so verstanden werden, daß bei dem Zustrom einer großen Anzahl von Aufnahmeanträgen innerhalb eines verhältnismäßig eng umgrenzten Zeitraumes von höchstens 3-4 Wochen die Gleichbehandlung dieser Aufnahmeanträge und ihr zeitlicher Zusammenhang gewahrt wird. Der Ortsvereinsvorstand als Organ dieser Gliederung der Partei hat im vorliegenden Fall erkannt oder mußte zumindest erkennen daß die erwähnten Aufnahmeanträge ohne Verletzung des Willkürverbots und anderer Grundsätze ordnungsgemäßer Behandlung nicht hinsichtlich der Entscheidung über die Aufnahme zeitlich auseinander gerissen werden durften. Sie konnten nur als Ganzes gesehen und behandelt werden, wobei

selbstverständlich der Ortsvereinsvorstand auch einzelne Anträge ablehnen konnte. Insofern ist die zeitliche Aufteilung bei der Behandlung der Aufnahmeanträge in die grob als Gruppe der 50 und als Gruppe der 80 zu bezeichnenden Fälle ein Verstoß gegen die ordnungsgemäße Handhabung des § 3 Organisationsstatuts. Dabei ist es nicht entscheidend, wann die jeweiligen Aufnahmeanträge genau vorgelegt wurden. Der Ortsvereinsvorstand mußte erkennen und wissen, daß angesichts der politischen Verhältnisse im Ortsverein und der jeweiligen "Werbetätigkeiten" eine Entscheidung über die Aufnahmen nur über die Gesamtzahl (bei möglicher Ablehnung einiger Anträge) getroffen werden durfte. Dabei kann es bei der Entwicklung der Vorgänge dahingestellt bleiben, ob einzelne Mitglieder des Vorstands jeweils von anderen über die tatsächlichen Vorgänge ordnungsgemäß unterrichtet worden sind.

4) So braucht auch nachträglich nicht mehr entschieden werden, inwieweit die damals zum Teil rückwirkend festgelegten Stichtage für die Aufnahme neuer Mitglieder rechtens waren oder nicht. Soweit Anträge auf Aufnahme zu einem bestimmten Zeitpunkt vorlagen, mußten jedenfalls alle Anträge in einer für Mitgliederaufnahme stets offenen Partei gleichmäßig behandelt werden.

5) Die Zuständigkeit des Ortsvereins M-M für die Antragstellung zum Statutenstreit über Vorgänge im Ortsverein H ergibt sich aus § 21 Abs. 1 und Abs. 2 der Schiedsordnung. Es handelt sich um eine Streitigkeit über die Auslegung und Anwendung des Organisationsstatuts (§ 3 Abs. 1) und sowohl der Ortsverein M-M wie der Ortsverein M-H liegen im Geltungsbereich des Organisationsstatuts. In diesem Statutenstreit ist der Rechtszug bis zur Bundesschiedskommission gemäß Abschnitt VII der Schiedsordnung zulässig.

6) Es war mithin die Entscheidung der Vorinstanz aufzuheben. Die jeweiligen Fristen sind gewahrt worden.

7) In dem Statutenstreit mußte festgestellt werden, daß in dem entscheidungserheblichen Zeitraum die Behandlung der Aufnahmeanträge durch den Ortsverein M-H nicht der Vorschrift des Organisationsstatuts § 3 Abs. 1 entsprochen hat und daß die durch diese willkürliche Aufnahmepraxis betroffenen Entscheidungen des Ortsvereins, darunter auch die Wahlen der Delegierten für die Stimmkreise der Landtagswahl mit Teilnahmemöglichkeit aller inzwischen satzungsgemäß aufgenommenen Mitglieder unverzüglich erneut gefällt werden müssen.